

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel**JORDANIEN**

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Inhalt

- **Seite 1**
Einleitung
- **Seite 1**
Zur Methodik der drei Umfragen
- **Seite 3**
Umfrageergebnisse aus Israel
- **Seite 8**
Umfrageergebnisse aus Jordanien
- **Seite 10**
*Umfrageergebnisse aus den
Palästinensischen Gebieten*

Das gesellschaftliche Stimmungsbild im Nahen Osten

WIE SCHAUEN ISRAELIS, JORDANIER UND PALÄSTINENSER AUF POLITISCHE VERÄNDERUNGEN IM NAHEN OSTEN UND WELCHE ERWARTUNGEN HABEN SIE AN DIE POLITIK?

Einleitung

Im August 2017 eröffneten drei arabische Israelis am nördlichen Zugang des Jerusalemer Tempelbergs/Haram ash-Sharif das Feuer auf israelische Grenzpolizisten. Zwei von ihnen starben, die Angreifer wurden kurz darauf von anrückenden israelischen Einsatzkräften ebenfalls getötet. Die im Nachgang einsetzende Protestwelle hat sich als friedlicher Widerstand ins kollektive Gedächtnis der Palästinenser eingebrannt, brachte aber dennoch gewaltsame Ausschreitungen mit sich, an deren Ende mindestens 11 Tote zu beklagen waren. Während sich die Lage selbst nach einigen Tagen wieder beruhigte, hatte die diplomatische Krise zwischen Israel einerseits und Jordanien und der Palästinensischen Autonomiebehörde andererseits über die eigentlichen Geschehnisse hinaus Bestand.¹ So dauerte es über sechs Monate, bis Jordanien und Israel wieder bereit waren, wechselseitig Botschafter zu entsenden. Insgesamt hat der Streit um Jerusalem und seine heilige Esplanade Israelis, Jordanier und Palästinenser vor Augen geführt, dass sie untrennbar miteinander verbunden sind.

Das Fundament dieses komplexen und zugleich fragilen Beziehungsgeflechts bilden die drei beteiligten Gesellschaften. Ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen angesichts vorhandener Konfliktlinien sind Gradmesser aktueller Stimmungslagen und Seismographen herausziehender Krisen – aber auch sich abzeichnender Chancen. Die Auswirkungen des jüngsten Konflikts unter allen drei beteiligten Akteuren zu eruieren, ist das Anliegen der vorliegenden Studie. Der trilaterale Ansatz soll dabei vor allem Vergleichbarkeit ermöglichen: Indem die gleichen Fragen verschiedenen Respondentengruppen unterschiedlicher Herkunftsländer gestellt wurden, konnten klare Trends ausgemacht werden, die Einblicke in das Beziehungsgeflecht von Akteuren geben, die sich seit nunmehr 70 Jahren in einem Konflikt gegenüber stehen, der das einvernehmliche Miteinander der Völker in dieser Region unterbindet.

¹ Siehe hierzu ausführlich die KAS-Länderberichte aus Ramallah (Juli 2017, <https://bit.ly/2KBPgba>) und Jerusalem (August 2017, <https://bit.ly/2GZ1IA2>).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die Studie in Israel

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Der Kontext zur Umfrage in Israel

Die politische Stimmungslage in Israel im unmittelbaren Vorfeld der Umfrage im September 2017 war maßgeblich durch die eingangs erwähnte Tempelbergkrise im August 2017 geprägt. Nachhaltiger als der Anschlag und die Eskalationen selbst waren die tiefgreifenden Verwerfungen mit der palästinensischen Führung und insbesondere mit dem jordanischen Königshaus. Obwohl sich die Situation zwischenzeitlich weitgehend normalisiert hat, haben die Ereignisse im Sommer 2017 tiefe Furchen im Verhältnis zweier Staaten hinterlassen, die sich seit 1994 in einem friedlichen, wenn auch bei Zeiten recht labilem Verhältnis gegenüber stehen.

In direktem Zusammenhang mit diesen Geschehnissen gestaltete sich das Verhältnis Israels zu den Palästinensern über weite Teile unverändert schwierig. Im September 2017 hatten Hamas und Fatah überraschend Fortschritte bei der Versöhnung verkündet und sich auf die Übergabe des Gaza-Streifens an die Palästinensische Autonomiebehörde geeinigt. Die israelische Regierung hatte entgegen den Erwartungen vieler Beobachter diese Gespräche nicht verurteilt. Zwar war die Annäherung von Ägypten erfolgreich moderiert worden, allerdings steht Gaza entgegen der Abmachungen nach wie vor unter der de facto Kontrolle der radikal-islamischen Hamas, was die Ernüchterung vieler Israelis über die palästinensische Seite einmal mehr bekräftigt hat.

Israels außenpolitische Perspektive zeigte sich weitgehend über die anhaltende Sorge um den wachsenden Einfluss Irans in der Region dominiert. Stärker als andere Länder sieht sich der jüdische Staat nicht nur dem verlängerten Arm Irans im Libanon, der schiitische Terrormiliz Hisbollah, ausgesetzt, sondern zusätzlich durch die wachsende militärische Präsenz des Iran im Bürgerkriegsland Syrien in die Enge gedrängt. Die vielbeschworene Schaffung eines so genannten „schiitischen Korridors“ von Teheran bis Beirut scheint damit Realität geworden zu sein, was maßgeblich das Gefühl einer akuten

außenpolitischen Bedrohungslage bei vielen Israelis intensiviert.

Zeitgleich war die Unterstützung Israels durch eine US-Regierung lange nicht mehr so hoch wie dies gegenwärtig der Fall ist. Zwar fand die Umfrage vor der US-amerikanischen Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels und dem damit verbundenen angekündigten Umzug der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem statt, jedoch hatte Donald Trump weder im Wahlkampf noch seit Amtsantritt beispielsweise mit der Ernennung David M. Friedmans als US-Botschafter in Israel Zweifel daran gelassen, welche Gangart er in diesem Konflikt einzulegen gedenkt.

Ergebnisse der Umfrage

1. Allgemeines Stimmungsbild

Eine Mehrheit (58 %) aller befragten Israelis ist der Auffassung, dass sich die Dinge in Israel in die falsche Richtung entwickeln, wobei dreiviertel aller arabischen und mehrheitlich muslimischen Israelis diese Wahrnehmung noch verstärkt teilen. Auffällig ist der Anteil unzufriedener Jugendlicher, denn überdurchschnittliche 70 % aller Teilnehmer der Studie im Alter zwischen 18 und 22 Jahren vertreten diese Meinung. Nur rund ein Drittel der Befragten sagte demnach, dass die Dinge in Israel derzeit gut liefen. Unter ihnen sind es vor allem die orthodox-gläubigen Befragten, deren Anteil an Zufriedenen mit 59 % annähernd doppelt so hoch ist wie der Durchschnitt.

Sicherheit und Bildung wurden als die Themenfelder identifiziert, welche die befragten Israelis als am wichtigsten empfanden, wobei der Sicherheitsgedanke die Interessen der israelischen Bevölkerung traditionell bestimmt hat. Überraschen muss vielmehr der geringe Abstand zwischen Sicherheit als dem mit 29 % meistgenannten Thema und der Relevanz des zweitgenannten Bereichs Bildung, den 26 % der Befragten als am wichtigsten bezeichnen. Zurückzuführen ist diese Annäherung vornehmlich auf die Rückmeldungen der Hebräisch sprechenden Teilnehmer: während unterdurchschnittliche 25 % von ihnen das Thema Sicherheit als

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

das wichtigste benannten, haben überdurchschnittliche 29 % sich zum Thema Bildung bekannt. Gleichmäßig wenig Bedeutung hingegen maßen die Befragten mit 15 %, 14 % und 11 % den Bereichen Demokratie, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung bei.

Israels Blick in die Welt wird durch aus deutscher Sicht erfreuliche Werte greifbar: Eine große Mehrheit aller Israelis steht der Bundesrepublik Deutschland positiv gegenüber, wobei sich der Wert im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren konstant bei ca. 68 % Zuspruch bewegt. Auffällig ist, wie sehr die Sicht auf Deutschland in direktem Zusammenhang mit dem Grad der Religiosität des Befragten steht. Denn je wichtiger für Personen der Glaube ist, desto negativer stehen sie im Allgemeinen Deutschland gegenüber. Diese Tendenz setzt sich in der Parteienzugehörigkeit fort. Zu denken gibt in dieser Hinsicht die Rückmeldung arabischer Israelis: mit 60 % stehen sie Deutschland mit deutlicher Mehrheit negativ gegenüber. Gewohnt positiv dagegen ist das Bild der USA unter den Israelis. Als globaler Vertreter israelischer Interessen wahrgenommen genießt die USA einen durchschnittlichen Zustimmungswert von 78 % und führt damit die Liste der beliebtesten Länder mit großem Abstand an.

Weniger erfreulich als das positive Deutschlandbild stellt sich nach wie vor die Wahrnehmung der EU dar: Nahezu ausgeglichen stehen der europäischen Staatengemeinschaft so viele Personen positiv gegenüber wie negativ. Diese Erkenntnis deckt sich mit früheren Umfragen und zeigt, dass sich hier keine signifikanten Entwicklungen ergeben haben.² Im Kontext Israels von gesteigerter Bedeutung ist darüber hinaus der Ruf der Vereinten Nationen. Mehr als zwei Drittel stehen den VN negativ gegenüber (68 %). Die befragten arabischen Israelis dagegen haben mit 62 % Zustimmung ein mehrheitlich positives Bild der VN.

² Siehe hierzu die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel zum Verhältnis des Staates Israel zur Europäischen Union (September 2017), online abrufbar unter: <https://bit.ly/2l6LbX1>

2. Die Region im Blick: Israel und seine Nachbarn

Mit Blick auf die Region identifizierte die Umfrage klar den großen politischen Gegner Israels: fast jeder Israeli, 92 % aller Befragten, steht dem Iran negativ bis sehr negativ gegenüber. Gut jeder zweite Befragte ist sich zudem sicher (52 %), dass Iran mit der militärischen Aufrüstung der schiitischen Terrormiliz Hisbollah im Libanon sowie dem weiteren Ausbau seiner eigenen Militärpräsenz in Syrien die Stabilität der Region am meisten gefährdet. Prozentual weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz folgt Syrien unter Machthaber Bashar al-Assad, den durchschnittlich 10 % als die größte Bedrohung für die Region sehen. Unabhängig von konkretem Land, speziellem Krisenherd oder gar befragter Gruppe sind sich 82 % der Befragten einig, dass die Region Nahost insgesamt unsicher und instabil ist.

Der Faktor Iran und der damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende negative Blick auf die Gesamtregion Nahost bilden den notwendigen Kontext zur Einordnung des Studienschwerpunkts, die Palästinensischen Gebiete und Jordanien.

2.1 Israels Blick auf die Palästinensischen Gebiete

Die Rückmeldungen zu einer der Schlüsselfragen sei zunächst vorangestellt: eine sehr knappe Mehrheit von 51 % der befragten Israelis ist der Auffassung, dass es einen Palästinensischen Staat geben solle. Die Einordnung dieser Zahl ist nicht ganz unproblematisch, denn sie liegt innerhalb der Fehlerquote der Umfrage von 2,6 % und macht einen Rückgang der Zustimmung zur Zwei-Staaten-Lösung im Vergleich zu vorangegangenen Umfragen greifbar. Vor allem, wenn die arabischen Israelis, die der Frage mit 76 % zustimmen, aus der Gleichung entfernt werden, sind nur noch knapp 46 % Zuspruch zur Frage zu verzeichnen. Andererseits spricht Israels politische Führung, allen voran Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, seit Jahren davon, dass die Schaffung eines palästinensischen Staates unter seiner Führung nicht realisiert werden wird. Angesichts dieser klaren Abkehr vom

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Zwei-Staaten-Ansatz kann es geradezu als Hoffnungsschimmer gewertet werden, dass keine klare Mehrheit die Schaffung eines palästinensischen Staates ablehnt.

Dass die Idee eines palästinensischen Staates derzeit noch annähernd eine Mehrheit findet, bedeutet jedoch nicht, dass man den Palästinensern *grosso modo* positiv gesonnen wäre: mehr als dreiviertel aller Befragten (76 %) haben ein negatives Bild von Gaza und dem Westjordanland und es ist lediglich den arabischen Israelis zu verdanken, dass der Durchschnitt nicht noch negativer ausgefallen ist. 70 % von ihnen haben einen positiven Blick auf die Gebiete. Schlechtere Werte als die Palästinensischen Gebiete weisen nur noch der Iran (92 % Ablehnung) sowie, überraschend, die Türkei (85 % Ablehnung) auf, was aus Israels Sicht einen massiven Bruch mit dem historisch engen Partner am Bosphorus darstellt.

Für Israelis bleibt der Konflikt mit den Palästinensern nach wie vor eine Krise mit Strahlkraft in die Region, denn 75 % sind davon überzeugt, dass eine Lösung des Nahostkonflikts wichtig für die Stabilität des Nahen und Mittleren Ostens sei. Die Schuld für das Ausbleiben eines nachhaltigen Friedens sieht lediglich jeder zweite befragte Israeli bei den Palästinensern (54 %) - ein Wert, der verhältnismäßig niedrig scheint angesichts der Stimmungslage im Land und der Dauer des Konflikts. 20 % sehen demnach die Schuld bei Israel, ähnlich viele Befragte (23 %) glauben, dass beide Seiten gleichermaßen Anteil am Fortbestand des Konflikts haben.

Schwieriger einzuordnen sind die Rückmeldungen zur Frage, ob die unter Shimon Peres getroffenen Oslo-Vereinbarungen 1993 und die damit einhergehende Anerkennung palästinensischer Rechte, die Schaffung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Akzeptanz des Existenzrechts Israels einen positiven Einfluss auf den Nahen Osten hatten. Zwar stimmen arabische und jüdische Israelis im Durchschnitt in einer eher negativen Bewertung der Oslo-Verträge überein, jedoch ist die durchschnittlich positive Zustimmung zur Frage mit 40 % weniger gering als man annehmen könnte. Hier

ist der Blick auf die politische Prägung der Befragten aufschlussreich: während die Anhänger rechter und religiöser Parteien „Oslo“ und seine Implikationen ganz überwiegend negativ beurteilen (Zustimmung: Bayit haJehudi 14 %, Vereinigtes Thora Judentum 18 %, Likud 27 %), sind es vor allem die Anhänger linksgerichteter Parteien wie Meretz mit 77 % und, wenig überraschend, der Arbeiterpartei Awoda mit 81 %, die das Erbe der Friedensverhandlungen von 1993 heute positiv einschätzen.

Insgesamt bleibt damit das israelische Bild der Palästinenser dominiert von ausgeprägtem Misstrauen, was nicht nur den allgemeinen Tenor der Studie unterstreicht, sondern das Kernproblem in diesem Konflikt zu illustrieren vermag: Mehr als jeder zweite Befragte (56 %) hat eine negative bis sehr negative Meinung nicht etwa von der palästinensischen Autonomiebehörde, der Fatah oder der Hamas, sondern von der palästinensischen Bevölkerung insgesamt. Getragen wird diese Meinung maßgeblich von der wachsenden religiösen Schicht der israelischen Gesellschaft, namentlich den traditionell, orthodox und ultraorthodox Gläubigen, die den Palästinensern mit 66 %, 75 % und 79 % weit überdurchschnittlich kritisch gegenüber stehen (Säkulare liegen im Vergleich dazu bei 53 %). Eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung droht – das deuten die Zahlen an – mit der fortschreitenden religiösen Aufladung der israelischen Gesellschaft zunehmend schwieriger zu werden.

2.2 Israels Blick auf Jordanien

Die Umfrageergebnisse zu Jordanien können auf mehrererlei Ebene als handfeste Überraschung gewertet werden. So rangiert das Land in der Liste der beliebtesten Länder mit 61 % auf Platz drei – hinter den USA (78 %) und Deutschland (68 %). Ungefähr so viele Israelis haben ein positives Bild (62 %) von der jordanischen Bevölkerung. Die Grundlage für diese positive Wahrnehmung Jordaniens wurde nach Meinung vieler Befragter offenbar im Jahr 1994 gelegt, denn 79 % glauben, dass der Friedensvertrag mit dem Königreich Jordanien eine positive mittel- und langfristige Wirkung auf die Region

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

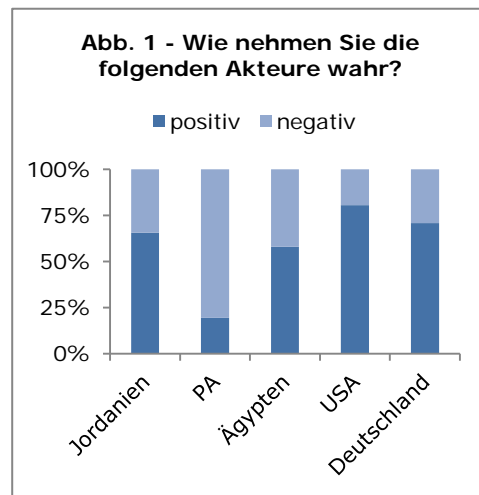
PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

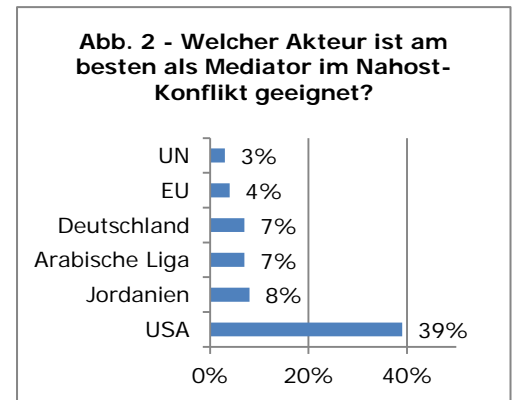
hat. Unüblich gespalten zeigt sich in dieser Frage die Gruppe der arabischen Israelis: unter ihnen herrscht Unsicherheit bezüglich der Frage, ob Jordanien, von vielen als Advokat palästinensischer Interessen verstanden, wirklich über die im Friedensvertrag vereinbarten ausgeprägten Beziehungen mit dem Opponenten Israel verfügen sollte.



Einig sind sich jüdische und arabische Israelis dagegen in ihrer Meinung zum jordanischen Königshaus: gut zwei Drittel aller befragten Israelis (65 %) stehen König Abdullah von Jordanien positiv gegenüber, was sich mit der Überzeugung einer noch größeren Anzahl an Umfrageteilnehmern deckt, wonach der haschemitische König einen insgesamt stabilisierenden Faktor in der Region darstelle (72 %). Obwohl die Israelis glauben, dass dem jordanischen König selbst an guten und starken Verbindungen zu ihrem Land gelegen sei, zeigen sie sich nicht überzeugt davon, dass er in dieser Angelegenheit die Unterstützung seines Volkes genieße. So glauben nur 24 % der Hebräisch sprechenden und gar nur 8 % der Arabisch sprechenden Israelis, dass die jordanische Bevölkerung ein starker Unterstützer eines demokratischen Staates Israel sei. Letztgenannte Zahl korreliert direkt mit der starken Ablehnung (64 %) des jüdischen Staates durch eine große Zahl der befragten arabischen Israelis, denn wie schon frühere Umfragen gezeigt haben, identifiziert sich eine überwiegende Mehrheit der arabischen

Israelis eher mit Palästinensern (auch den in Jordanien lebenden) als mit Israelis.³ Die objektiv bessere sozioökonomische Lage der arabischen Israelis in Israel im Vergleich zu sämtlichen Anrainerstaaten kann zudem nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Mehrzahl von ihnen Israel weder für einen guten Ort hält um eine Familie großzuziehen (64 % Nein) noch der Auffassung ist, dass es im jüdischen Staat tatsächlich bessere wirtschaftliche Chancen gibt (58 % Nein). So erklärt sich auch, warum sie jenen Staat so überwiegend ablehnen, der ihnen auf den ersten Blick ein besseres Leben bietet als andere Regionen.

Die oben geschilderte Wahrnehmung, dass der jordanische König in Bezug auf Israel nicht die Unterstützung seiner Bevölkerung genießt, mag letztlich auch dafür verantwortlich zeichnen, dass die Israelis trotz hoher Meinung vom jordanischen König dem Land insgesamt nicht die Rolle eines ehrlichen Maklers in etwaigen neuen Friedensbemühungen zutrauen. Hier sprechen sich 39 % für die USA, jedoch nur 8 % für Jordanien als Vermittler aus.



Wie im Falle der Palästinenser fehlt es auch hier an Grundvertrauen. Die Ratlosigkeit der befragten Israelis in dieser Angelegenheit ist geradezu ablesbar, denn bei der Frage des Vermittlers rangiert zweitplatziert nach den USA die Antwort „Ich weiß nicht“ mit 19 %.

Den Konflikt mit den Palästinensern sehen Israelis dabei mit großer Mehrheit (74 %)

³ Vgl. hierzu die Umfrage der KAS Israel vom Mai 2017: <https://bit.ly/2uIiKm0>, insbs. S. 9 – 11.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

als Hindernis in einem hauptsächlich interessen-, weniger wertebasierten Verhältnis mit dem jordanischen Königreich, wobei mehrheitlich die Themen Sicherheit (25 %), Handel (20 %) und Tourismus (15 %) als diejenigen gesehen werden, bei dem beide Länder am besten zusammenarbeiten könnten. Der konkrete Wille zur Intensivierung der Beziehungen zu Jordanien ist seitens der israelischen Bevölkerung folglich vorhanden. Womöglich zeichnet sich hier eine Chance ab, sofern auch die jordanische Seite an einer Intensivierung der Kontakte und der Bildung einer krisenfesten Allianz mit dem westlichen Nachbarstaat interessiert ist.

Insgesamt wird in der Umfrage das Bestreben einer israelischen Mehrheit deutlich, die Verbindungen zu Jordanien in ausgewählten Bereichen aktiv zu stärken. Aktuell glaubt jedoch nur eine knappe Minderheit von 46 %, dass Jordanien und Israel über eine starke und solide Beziehung verfügen. Klar wird aber auch, dass das Verhältnis unter dem grundsätzlichen Problem leidet, von einer einzigen Person bzw. Einrichtung, namentlich dem jordanischen Königshaus, abzuhängen. Die Beziehungen krankten an einem fehlenden stabilen Fundament in der Zivilgesellschaft, was unter anderem in der Tatsache begründet liegen dürfte, dass ein großer Anteil der jordanischen Bevölkerung palästinensischer Abstammung ist und Israel naturgemäß kritisch gegenübersteht.

3. Fazit und Ausblick

Wenn auch die Wahrnehmung von Palästinensern und Jordaniern in den Augen der Israelis mitunter drastisch auseinanderklafft, so gilt dennoch festzuhalten, dass grundsätzliches Interesse an einer trilateralen Zusammenarbeit zwischen den Akteuren besteht. So sind 71% überzeugt, dass gemeinsame Initiativen, Kooperationen und Vereinbarungen zwischen Jordaniern, Palästinensern und Israelis ein wirksames Werkzeug sein können, für alle Beteiligten eine bessere Zukunft zu schaffen. Bemerkenswert ist zudem: Die Benennung konkreter Kooperationsfelder wie Wasser, Energie oder Landwirtschaft evozierte konkrete positive Rückmeldung bei den Befragten. Zwar zeigen sich die arabischen Israelis hier zurückhaltender, jedoch sind insgesamt 77 % der Befragten überzeugt, dass diese Themen trilateral aufgegriffen und konkretisiert werden sollten und zwar ganz unabhängig von der gegenwärtigen politischen Lage.

Einem Unterschied im Hinblick auf die beiden anderen Zielgruppen der trilateralen Studie verleihen die Israelis jedoch klar Ausdruck: Während man das jordanische Königshaus als potentiellen Partner für vertiefte Kooperation sieht, identifiziert man im Umgang mit den Palästinensern keine vergleichbare Führungsfigur, der man Gespräche auf Augenhöhe zutraut. Das Narrativ der Absenz jeglichen Partners auf der palästinensischen Seite ist also nach wie vor tief in der israelischen Gesellschaft verwurzelt.

Insgesamt darf man hoffen, dass interessenbasierter Austausch in Zukunft Brücken zu bauen vermag, die trotz aller politischen Herausforderungen nachhaltigen Nutzen für alle haben. Gleichzeitig sollte man sich nicht täuschen lassen: die Skepsis gegenüber Palästinensern und Jordaniern ist tiefsitzend und vor allem interdependent. Denn langfristig wird besagtes gesundes Fundament mit Jordanien und seiner Bevölkerung nur herzustellen sein, wenn sich eine nachhaltige Antwort auch auf die palästinensische Frage findet.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Die Studie in Jordanien

Der Kontext zur Umfrage in Jordanien

Im Spätsommer 2017 befanden sich die israelisch-jordanischen Beziehungen auf ihrem Tiefpunkt seit der Unterzeichnung des jordanisch-israelischen Friedensvertrags von 1994. Anlass war ein Vorfall auf israelischem Botschaftsgelände in Amman im Juli 2017, bei dem zwei Jordanier von einem israelischen Wachmann getötet worden waren. Israel verhinderte anschließend, dass dieser vor ein jordanisches Gericht gestellt werden konnte. Eine mehrere Monate anhaltende diplomatische Krise, die unter anderem die zeitweise Schließung der israelischen Botschaft in Amman mit sich brachte, folgte.

Darüber hinaus war die Stimmung in Jordanien bereits zuvor von einem tiefgreifenden Pessimismus und einem Gefühl der zunehmenden eigenen Machtlosigkeit geprägt. Die Allianz zwischen der amerikanischen Trump-Administration und der israelischen Regierung schien – und scheint bis heute – vielen das Ende der Zwei-Staaten Lösung zu besiegeln und Jordanien mit seinen Vermittlungsbemühungen im israelisch-palästinensischen Konflikt auf einen „Zuschauerplatz“ zu verweisen. Dazu kommt die Sorge, dass Saudi-Arabiens zunehmende Annäherung an Israel Jordaniens besondere Position gegenüber den USA (die das Land aufgrund seines Friedensvertrags mit Israel aufbauen konnte) sukzessive unterminieren könne und Jordanien damit in Bedeutungslosigkeit auf dem regionalen und dem internationalen Parkett verfallen könne.

Die Auswirkungen der Konflikte im benachbarten Syrien und Irak haben Jordanien in den letzten Jahren schwer mitgenommen. Die Flüchtlinge haben den Druck auf den ohnehin angespannten Arbeitsmarkt und die knappen natürlichen Ressourcen bis zur Schmerzgrenze erhöht. Darüber hinaus haben die Grenzschießungen zu Irak und Syrien einen Einbruch des Handels mit sich gebracht und die jordanische Wirtschaft in eine Krise gestürzt, die von ihrer Bedrohlichkeit von Jordaniern fast als prominenter

wahrgenommen wurde als die verfallende Sicherheitslage in den Nachbarstaaten. Dieser sah man im Spätsommer 2017 beinahe optimistisch entgegen. Mit der Etablierung der Sicherheitszonen in Syrien und den Gebietsverlusten des IS in Syrien und Irak rückte die Hoffnung auf Grenzöffnungen und Wiederaufnahme des Handels in den Vordergrund und verstärkt seither eine eher pragmatische Sicht auf die benachbarten Konflikte und involvierten Konfliktparteien.

Ergebnisse der Umfrage

1. Allgemeines Stimmungsbild

Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage in Jordanien und der andauernden Konflikte in den Nachbarländern Syrien und Irak war die grundsätzliche Stimmung in der Bevölkerung im Spätsommer 2017 überwiegend positiv. Die große Mehrheit aller Jordanier (94,1 %) ist der Ansicht, dass ihr Land gut geeignet ist, um dort eine Familie großzuziehen und immerhin 58 % finden, dass die allgemeinen Entwicklungen in die richtige Richtung gehen. Das positive Stimmungsbild wird auch bei der Frage nach allgemeinen Assoziationen der Jordanier mit ihrem Land unterstrichen – etwa die Hälfte der Befragten verbindet mit Jordanien Sicherheit und Stabilität, wohingegen nur eine Minderheit Preissteigerungen und die wirtschaftliche Situation (5,8 %), Armut (5 %) oder Arbeitslosigkeit (3 %) nennt.

Richtet man den Blick jedoch auf die private Situation in den Familien, so wird im Gegensatz dazu Arbeitslosigkeit mit großem Abstand (60,6 %) als wichtigstes Problem weit vor Sicherheit (15,2 %) und Bildung (11,1 %) genannt.

2. Jordaniens Blick auf die Region und externe Akteure

Die Rolle des eigenen Königs Abdullah in der Region wird von nahezu allen Landsleuten (97,6 %) als stabilisierend und wichtig empfunden.

Betrachtet man Jordaniens Blick auf seine Nachbarn und internationale Akteure, so genießen vor allem die Palästinensischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Gebiete mit 75,4 %, die Türkei mit 80 % sowie die Golfstaaten Saudi-Arabien (80,1 %), Katar (83,3 %) und VAE (74,9 %) eine überwiegend positive Wahrnehmung. Angesichts der Tatsache, dass ca. 60 % der Jordanier palästinensisch-stämmig sind und zahlreiche gut ausgebildete Jordanier als Gastarbeiter in den Golfstaaten gute Einkommen erzielen, sind diese Ergebnisse nicht überraschend. Trotz der Sonderrolle, die Jordanien aufgrund des Friedensvertrags und seiner Handelsbeziehungen in der Region gegenüber Israel einnimmt, ist das Israelbild der Jordanier denkbar negativ; 94,5 % der Jordanier haben eine negative Meinung von ihrem Nachbarstaat. Auch der Iran wird lediglich von 9,4 % der Jordanier positiv wahrgenommen.

Es fällt auf, dass die jordanische Bevölkerung externen Akteuren, die im Nahen und Mittleren Osten aktiv sind, skeptisch gegenübersteht. Die Liste wird von Russland angeführt: 73,8 % sehen das Land, das im Rahmen der Syrien-Krise militärisch auf Seiten des Assad-Regimes in den Konflikt eingreift, negativ. 64,7 % haben eine negative Sicht auf die USA, die zwar neben Saudi-Arabien größter finanzieller Unterstützer des ressourcenarmen Jordaniens sind, die aber eine lange Geschichte militärischer Intervention im Nahen Osten haben. Ebenso werden die EU mit 64,3 % und Deutschland mit 50,9 % negativ gesehen. Insbesondere Letzteres erstaunt, da Deutschland innerhalb der letzten Jahre das Land finanziell stark unterstützt hat – vor allem im Zuge der Flüchtlingskrise, die aus dem Syrien-Konflikt resultierte.

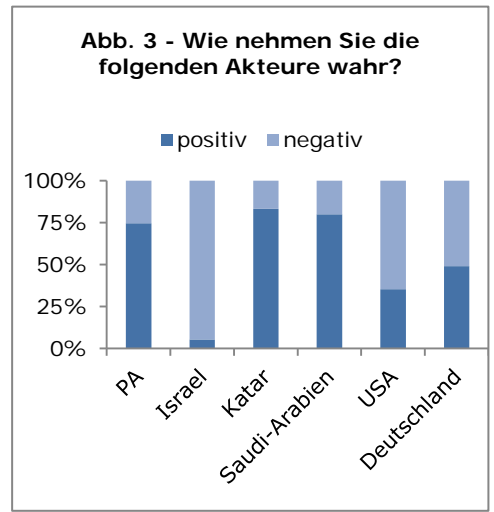
Momentan ist Deutschland im Bereich der Entwicklungshilfe und humanitären Hilfe Jordaniens zweitgrößter Geber.

Als der wichtigste Verbündete Jordaniens in Bezug auf dessen Regionalpolitik wird Saudi-Arabien mit 42,9 % gesehen, gefolgt von den USA mit 24,7 %.

3. Die Sicht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt

81 % der Jordanier halten die Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts für sehr bedeutsam oder bedeutsam, um Sicherheit und Stabilität in der Region des Nahen und Mittleren Osten zu schaffen. 75,5 % sehen Israel als den Grund dafür, weshalb diese Lösung bisher noch nicht erreicht wurde. Dementsprechend ist es auch Israel, das als derzeit destabilisierendster Faktor in der Region angesehen wird. Mit 55,4% rangiert das Land hier auf Platz eins, gefolgt von Iran (mit 21,5 %) und von den USA (mit „lediglich“ 11 %).

Frappierende 77 % der Jordanier geben an, das Existenzrecht Israels abzulehnen. Im direkten Widerspruch dazu steht jedoch, dass 57% die Friedensinitiative der Arabischen Liga befürworten, die Israels Existenzrecht in den Grenzen von 1967 anerkennen würde. Auch die Friedensverträge des Landes mit Ägypten (1979) und Jordanien (1994), die das Existenzrecht Israels bereits de facto anerkennen, werden nur von einer knappen Mehrheit von 52 % negativ gesehen. Als vertrauenswürdigsten Mediator für zukünftige Verhandlungen oder Abkommen sehen 57 % das haschemitische Königreich selbst. Auf Platz zwei folgen die USA - jedoch nur noch mit 12 %. Auffällig ist, dass nur 0,8 % der Jordanier Deutschland für einen geeigneten Vermittler halten.



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

4. Fazit und Ausblick

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Anlass zur Hoffnung gibt jedoch die Tatsache, dass 70,5 % der Jordanier angeben, dass verstärkte Kooperation mit Israel und Palästina die Aussicht auf eine bessere Zukunft steigern würden. 68 % finden, dass jenseits von politischen Verwerfungen die drei Akteure in den Bereichen Wasser, Energie und Landwirtschaft kooperieren sollten. Dies gibt einen Anhaltspunkt dafür, dass ökonomische Möglichkeiten, die sich aus einer Kooperation ergeben könnten, als Ansatzpunkte entsprechender Zusammenarbeit gewählt oder ausgebaut werden könnten. Bereits jetzt greifen Jordanier beispielsweise zu israelischen Produkten wohlwissend, dass diese aus Israel kommen wenn diese günstiger als vergleichbare jordanische Produkte zu erwerben sind. Die große Herausforderung wird jedoch sein, Beziehungen in den hier genannten Bereichen mit einer Komponente des sozialen und kulturellen Austausches zu verbinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

*Die Studie in den
Palästinensischen Gebieten*

Der Kontext zur Umfrage in den Palästinensischen Gebieten

Aus palästinensischer Perspektive führt ein Blick auf die Veränderungen auf regionaler Ebene zu schmerzhaften Erkenntnissen. Während der israelisch-palästinensische Konflikt in der Vergangenheit der Nukleus der arabischen Welt und ihrer regionalpolitischer Ansätze war (wohlweislich ohne eine substantielle Verbesserung für die Palästinenser zu erwirken), ergibt sich heute ein anders gelagertes Bild: die Palästinenser spüren deutlich, dass Interessens- und Machtverschiebungen ihr Schicksal gänzlich von der arabischen Agenda verdrängt haben.

Noch vor wenigen Jahren lösten Ereignisse in Jerusalem unmittelbare Reaktionen in Kairo, Amman und andernorts aus. Heute fungieren die Palästinensischen Gebiete lediglich noch als Resonanzkörper der multiplen (und vielfach verschränkten) regionalen Auseinandersetzungen. Über den Nutznießer dieser neuen politischen Kulisse herrscht in der Gesellschaft Konsens: 71 % der Palästinenser vertraten in einer separaten Umfrage der KAS-Ramallah im Dezember 2017 die Ansicht, dass zwischen Israel und den sunnitischen Kräften der arabischen Welt längst eine strategische Allianz bestehe; 76 % zeigten sich zudem überzeugt, dass die arabischen Staaten mit eigenen Problemen, Konflikten und der potenziellen Bedrohung durch den Iran zu beschäftigt seien, um sich der Situation in den Palästinensischen Gebieten zu widmen.⁴

Die direkteste Auswirkung der aktuellen regionalen Neuordnung spüren in jüngster Vergangenheit die etwa zwei Millionen Palästinenser im Gazastreifen. Aufgrund einer effektiven Kontrolle, die von Israel und Ägypten aufrechterhalten wird, hat sich hier die Lage politisch und humanitär extrem

verschärft. Zwischen Entwicklungshilfe, Wiederaufbaubemühungen und Vermittlungsbemühungen zwischen den verfeindeten Bewegungen Hamas und Fatah mändern die arabischen Regime, die in Gaza Einfluss gewinnen wollen. Die Präsenz externer Akteure erschwert somit deutlich die interne Versöhnung, wie sie – so das fort-dauernde, aber derzeit substanzlose Lippenbekenntnis – von beiden Blöcken gewollt wird.

Obgleich die israelische Militärbesetzung den palästinensischen Alltag allorten prägt, verschwindet der Konflikt mit Israel zunehmend aus dem politischen Bewusstsein der Menschen. Dies liegt maßgeblich daran, dass sich in den vergangenen Jahren interne Konflikte zugespitzt haben. In den Bewertungszeitraum dieser Studie fiel beispielweise das Ringen zwischen Fatah und Hamas, die über zehnjährige politische Spaltung zu überwinden. Sozioökonomische Herausforderungen – die Arbeitslosenquote liegt bei über 25 % – spielen heute eine wesentlich größere Rolle und bedrohen zunehmend den innergesellschaftlichen Frieden der Palästinenser.

1. Gesellschaftliche Ebene

Wie eingangs bereits festgestellt, wurde die Umfrage in zeitlicher Nähe zu den Tempelberg-Unruhen durchgeführt. Die gesellschaftliche Psyche hat sich aber nicht erst mit dieser Krise verändert: die politische Perspektivlosigkeit angesichts einer fehlenden Verhandlungsperspektive mit Israel und der Legitimitätsverlust der politischen Führung sind zwei Aspekte, die in der empirischen Arbeit dieser Stiftung immer wieder offengelegt werden. So sagen 73 %, dass die allgemeinen Entwicklungen in den Palästinensischen Gebieten in die falsche Richtung gehen.

2. Misstrauen gegenüber Ausland

Die Palästinenser schenken weder einem Staat, noch einer internationalen Organisation außerhalb des arabischen Raums mehrheitlich ihr Vertrauen. Das Misstrauen überwiegt gegenüber der Europäischen Union (44 % haben eine positive, 65 % eine

⁴ Vgl. gemeinsame Umfrage (KAS-Ramallah, PCPSR) vom 12. Dezember 2017 [<https://goo.gl/NZYg6u>].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

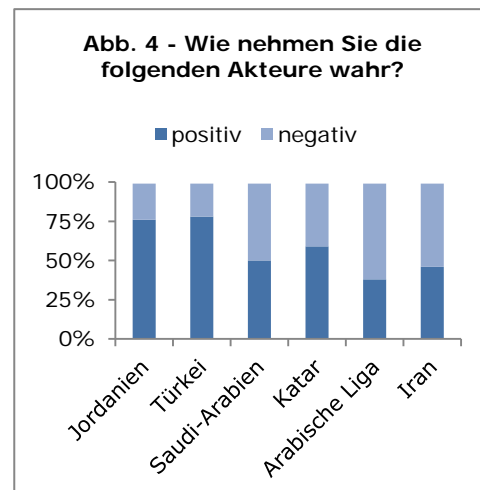
www.kas.de/ramallah

April 2018

negative Meinung), den Vereinten Nationen (32 % positiv, 68 % negativ) und besonders gegenüber den Vereinigten Staaten (26 % positiv, 74 % negativ).

Auf die regionalen Akteure schaut die palästinensische Bevölkerung durchaus differenzierter: wenig überraschend ist das verheerende Israelbild. 92 % haben eine negative Meinung von dem Staat, mit dem man bis heute im Konflikt steht.

Während das Vertrauen in einige Staaten mit regionalen Gestaltungsabsichten wenig ausgeprägt ist, fallen vor allem zwei Länder positiv auf: Jordanien genießt bei 76 % eine positive Wahrnehmung, im Fall der Türkei sind es sogar 78 % Zuspruch (Vgl. Abbildung 4).



Folglich sehen die Palästinenser in Jordanien (24 %) und der Türkei (18 %) ihre wichtigsten Alliierten in der Region. Diese geringen Werte – andere abgefragte Länder liegen allesamt bei Zustimmungsraten von weniger als zehn Prozent – lassen sich so deuten, dass die Palästinenser ein realistisches Verständnis für die außen- und sicherheitspolitische Agenda dieser Staaten haben. Folglich geht man offenkundig nicht davon aus, dass Amman und Ankara zusätzliche Verantwortung angesichts des Schicksals der Palästinenser übernehmen werden.

Das gespaltene Bild Saudi-Arabiens (vgl. Abbildung 4) erscheint nachvollziehbar. Riad hatte im Sommer 2017 den Druck auf den Nachbarn Katar erhöht und eine politische Isolation aufgebaut. Für die Palästinenser

ist die katarische Hilfe in Gaza überlebenswichtig; Doha gehört zu den wenigen verbliebenden Unterstützern der islamistischen Hamas. Die Bewertung des Emirats fällt entsprechend gut aus. 59 % haben einen positiven und 40 % einen negativen Eindruck von dem Land am Golf.

Dass auf die Arabische Liga (AL) mehrheitlich (61%) negativ geblickt wird, belegt den Mangel an Solidarität, den die Palästinenser konstatieren. Dennoch ist eine Brise Überraschung auszumachen, weil die AL gleichsam die offizielle Vertreterin für die sogenannte „Arabische Friedensinitiative“ ist, die 2002 zunächst von Saudi-Arabien vorgelegt wurde. Sie besagt, dass die arabischen Staaten Israel volle diplomatische Beziehungen anbieten, wenn im Gegenzug ein palästinensischer Staat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt entsteht. Dieser Friedensplan genießt in der palästinensischen (aber auch israelischen) Gesellschaft weiterhin Unterstützung. Auffallend ist insbesondere, dass unter den friedensskeptischen Lagern in Israel und den Palästinensischen Gebieten ein Meinungsumschwung auszumachen ist, wenn ihnen ein regionaler (israelisch-arabischer) Friedensschluss in Aussicht gestellt wird. Eine Mehrheit für die Zweistaatenlösung ist somit weiterhin möglich, wenn man den bilateralen (israelisch-palästinensischen) Konflikt auf regionaler Ebene löst.⁵

3. Relevanz des Nahost-Konflikt: relevant für die Region?

Die Grundskepsis unter den Palästinenser besteht fort, wenn nach der regionalen Lage insgesamt gefragt wird: 86 % finden, dass sich der Nahe und Mittlere Osten derzeit in einer (sehr) instabilen und (sehr) unsicheren Phase befindet. Verantwortlich werden dafür zu 49 % Israel und zu 31 % die Vereinigten Staaten gemacht.

Aus nationaler Perspektive wird der israelisch-palästinensische Konflikt weiterhin als

⁵ Vgl. Palestinian-Israeli Pulse (Januar 2018), <https://goo.gl/h9zgRq>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

die größte Gefährdung für die regionale Stabilität betrachtet. Dieser Meinung sind 53 %. 77 % geben im Umkehrschluss an, dass ein Frieden mit Israel wichtig oder sehr wichtig für die Stabilität in der Region ist.

4. Skepsis bei alten Friedensverträgen

Ausgelöst von gescheiterten Friedensvermittlungen – zuletzt durch den damaligen US-Außenminister John Kerry (2014) und die französische Regierung (2017) – und dem Vertrauenslust in die eigene politische Führung, wird in der palästinensischen Gesellschaft zunehmend angezweifelt, ob das Instrument bilateraler Verhandlungen noch hilfreich ist. Ein Friedensvertrag mit Israel wird damit keine Priorität mehr eingeräumt. Es ist daher nur konsequent, dass die palästinensische Öffentlichkeit auf sämtliche vertraglichen Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarn skeptisch blickt.

Das erste Friedensabkommen dieser Art schloss Israel 1979 mit Ägypten. 1994 folgte das zweite Abkommen mit Jordanien. Dass diese Abkommen negative Konsequenzen für die Region hatten, bejahen 70 % der Palästinenser mit Blick auf Ägypten und 64 % angesichts des israelisch-jordanischen Friedensschlusses.

Gefragt, wie man heute auf das 1993 unterschriebene Oslo-Abkommen zwischen Israel und der PLO blickt, ergibt ebenfalls ein eindeutiges Bild.⁶ 70 % geben an, dass dieser Vertrag einen negativen Einfluss auf den Nahen und Mittleren Osten entfaltet hat. Umfragen, die im Auftrag der KAS 2017 durchgeführt wurden, ergaben zu keinem Zeitpunkt klare Mehrheiten für die Zwei-Staaten-Lösung.

5. Jordanien als Vermittler?

Die Wertschätzung des jordanischen Königshauses scheint über alle Zweifel erha-

ben zu sein. 75 % der Palästinenser wertschätzen König Abdullah II und attestierten ihm eine wichtige und stabilisierende Rolle in der Region. 67 % anerkennen die Wächterfunktion, die das jordanische Königshaus über die Heiligen Stätten des Haram ash-Sharif ausübt. Auch bei aktuellen Fragen schneidet Jordanien gut ab: mit der Flüchtlingshilfe für Iraker und Syrer in den vergangenen Jahren hat Amman wesentlich zur Stabilität in der Region beigetragen, sagen 67 %.

Während Boykott-Bewegungen gegen Israel und Anti-Normalisierungskampagnen immer mehr Zuspruch in der palästinensischen Öffentlichkeit erhalten, wird bei regionalen Kooperationen pragmatischer gedacht: immerhin die Hälfte der befragten Palästinenser glauben, dass Kooperationsinitiativen zwischen Israelis, Jordanier und Palästinenser Stabilität und Hoffnung verbreiten können. Konkret auf die Zusammenarbeit in den Bereichen Wasser, Energie und Landwirtschaft angesprochen, begrüßen sogar 65 % entsprechende Vorhaben. In vielen Städten und Kommunen der Palästinensischen Gebiete ist eine konstante Versorgung mit Strom und Nutzwasser nicht sichergestellt.⁷

6. Fazit und Ausblick

In einer Zeit des Verhandlungsstillstands zwischen Israelis und Palästinenser und der generellen Abrede einer Vermittlungskompetenz durch die aktuelle US-Regierung unter Präsident Trump, sollte folgende Erkenntnis besondere Berücksichtigung finden: Jordanien wird als einzigem Land zugeordnet, zwischen den Konfliktakteuren zu vermitteln. Obgleich mehr politisches Gewicht erforderlich ist, um beide Seiten an den Verhandlungstisch zurückzubringen, wird damit offensichtlich, dass mindestens ein arabischer Akteur in ein künftiges Vermittlungsteam aufgenommen werden sollte.

⁶ Das Oslo-Abkommen wurde in der adressierten Frage definiert als ein Vertrag, der die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die Anerkennung palästinensischer Rechte im Gegenzug zur Anerkennung von Israels Existenzrecht zur Folge hatte.

⁷ Marc Frings/Johannes Lutz, Endlich ein Durchbruch? Zur Wiederbelebung des gemeinsamen israelisch-palästinensischen Wasserkomitees, in: KAS-Auslandsinformationen (3/2017), S. 8-21.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Anhang: Methodik der drei Umfragen

ISRAEL

DR. ALEXANDER BRAKEL

DR. JOACHIM ROTHER

www.kas.de/israel

JORDANIEN

DR. ANNETTE RANKO

www.kas.de/jordanien

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

www.kas.de/ramallah

April 2018

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung Israel** hat in Zusammenarbeit mit „KEEVOON Research, Strategy and Communications Ltd.“ eine randomisierte Telefonumfrage unter 1010 Israelis im Alter von 18 Jahren und älter durchgeführt. Die Interviews fanden telefonisch statt. Die Teilnehmer wurden den drei großen Bevölkerungsgruppen in Israel entnommen: 724 Teilnehmer sprachen Hebräisch, 152 wurden auf Hebräisch befragt und stammen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion und 134 Teilnehmer wurden auf Arabisch befragt. Die Interviews erfolgten zwischen dem 13. und 27. September. Die Stichproben sind repräsentativ für die Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppen. Die Fehlerquote der Umfrage liegt bei 2,6 %.

Das Büro der **Konrad-Adenauer-Stiftung Jordanien** arbeitete mit der Strategieberatungsfirma *NAMA - Strategic Intelligence Solutions* zusammen. Es wurden im Rahmen dieser Umfrage 1240 Jordanier im Alter von 18 Jahren und älter befragt. Die zwölf Gouvernements Jordaniens waren entsprechend ihrer Bevölkerungsgröße repräsentiert. Die Umfrage wurde zwischen dem 26. August und dem 1. September 2017 durchgeführt. Die Fehlerquote der Umfrage liegt bei 3 %.

Die **Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten** hat mit *Near East Consulting* zusammengearbeitet.⁸ Für die Umfrage wurden 1.065 Personen im Westjordanland, Ost-Jerusalem und dem Gazastreifen ausgewählt und telefonisch befragt. Die Interviews fanden zwischen dem 2. und 15. September 2017 statt. Berücksichtigung fanden die Altersstruktur, der Bildungshintergrund und die Stadt-/Land-Verteilung der Gesellschaft. Elf Prozent der Befragten stammten aus einem der UN-RWA-Flüchtlingslager. Die Fehlerquote der palästinensischen Umfrage liegt bei 3,5 %.

⁸ Near East Consulting war zudem an einer KAS-Studie zu Migrationsgründen unter muslimischen und christlichen Palästinensern beteiligt, vgl. <https://goo.gl/prcD37>.